

Die Klimakasse des Kantons

ENERGIE Regierung und Parlament wollen einen Fonds bilden, aus dem Klima-Massnahmen finanziert werden. Am 15. Mai stimmen wir darüber ab.

Luca Miozzari

Seit Ende 2020 hat der Kanton Schaffhausen eine Klimastrategie. Das Ziel: Die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Wert von 1990. Um das zu erreichen will die Regierung etwa Solaranlagen, Wärmeverbünde und Elektroautos fördern oder auch «Empfehlungen für Nachhaltigkeitskriterien von Investitionen» erarbeiten und den Lehrplan anpassen, um Kinder für Umweltthemen zu sensibilisieren.

Diese Massnahmen kosten Geld. Deshalb will die Regierung einen «Energie- und Klimafonds» bilden. Aus diesem Topf sollen sowohl Massnahmen zum Klimaschutz (z.B. das Energieförderprogramm), als auch zur Klimaanpassung (z.B. Hochwasserschutz) finanziert werden. Der Kantonsrat hat diesem Fonds im Januar dieses Jahres bereits zugestimmt. Weil allerdings keine Vierfünftelmehrheit zustande gekommen ist, untersteht das Gesetz dem obligatorischen Referendum und wir stimmen am 15. Mai darüber ab.

Doch was würde sich bei einem Ja ändern?

Mehr Geld fürs Klima?

Viele der in der Klimastrategie aufgelisteten Massnahmen sind bereits umgesetzt. So gibt es etwa bereits seit 2018 ein kantonales Energieförderprogramm, mit dem zum Beispiel Gebäudesanierungen oder der Kauf eines Elektroautos subventioniert werden.

Das Geld dafür muss die Regierung jedoch jedes Jahr beim Kantonsrat im Rahmen des Budgets beantragen. Mit dem geplanten Energie- und Klimafonds hätte der Regierungsrat einen Topf mit bewilligtem Geld, das er für Klimamassnahmen ausgeben könnte. Das schaffe, so die Befürworter, einerseits Planungssicherheit und andererseits Transparenz,



Die SVP befürchtet einen «unwiderruflichen Dauerauftrag».

Peter Pfister

weil alle Klima-Massnahmen an einem Ort aufgelistet wären.

Das «Startkapital» für diesen Fonds wurde bereits mit der Staatsrechnung 2019 reserviert und beträgt 15 Millionen Franken. Davon sind 10 Millionen für den Klimaschutz und 5 Millionen für die Klimaanpassung vorgesehen. Dieses Geld würde wohl für mehrere Jahre reichen, denn zurzeit gibt der Kanton etwa 1,5 Millionen Franken jährlich für das Energieförderprogramm aus. Zusätzlich fließen im Bereich Energieförderung beträchtliche Summen aus den Kassen des Bundes (pro Förderfranken des Kantons steuert der Bund zwei Franken aus den Erträgen der CO₂-Abgabe bei), und auch bei der Klimaanpassung finanziert der Bund viele Projekte mit. Diese Bundesgelder würden künftig ebenfalls in den Energie- und Klimafonds fließen.

Die Vorlage sieht keinen automatischen Nachfüllmechanismus vor. Festgelegt sind lediglich Untergrenzen. Der Bereich Klimaschutz muss zu jedem Zeitpunkt mindestens 2 Millionen, der Bereich Klimaanpassung 1 Million enthalten. Abgesehen von diesen Vor-

gaben könnte der Kantonsrat jedes Jahr frei entscheiden, wieviel Geld er dem Fonds zuweisen will.

Auch bei einer Annahme des Gesetzes bleibt also alles mehr oder weniger so, wie es heute bereits ist: Der Kantonsrat spricht Geld, die Regierung gibt es aus.

Dass der Regierungsrat künftig wesentlich mehr Geld in Klimaschutz und -anpassung investieren wird, ist übrigens unwahrscheinlich, Fonds hin oder her. Baudirektor Martin Kessler (FDP) sagte in der parlamentarischen Beratung dazu Folgendes: «Sie [der Kantonsrat] werden im nächsten Jahr, im übernächsten und wahrscheinlich noch in mehreren Jahren keinen Antrag auf zusätzliche Äufnung des Fonds bekommen, weil wir genügend Gelder haben.»

Von den politischen Parteien hat lediglich die SVP die Nein-Parole beschlossen (und auch dort ist die Jungpartei dafür). Daniel Preisig, SVP-Kantonsrat und städtischer Finanzreferent, bezeichnete den Energie- und Klimafonds als «unwiderruflichen Dauerauftrag» und «finanzpolitischen Sündenfall». Demokratische Instrumente würden ausgeschaltet.